

Kommentar

Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender SoVD Hamburg

Der Mensch steht im Mittelpunkt – nicht der Profit!

Wer nach dieser Maxime verfährt, der muss sich gegen die Privatisierung von zentralen Lebensrisiken stellen. Besonders Menschen im Alter bedürfen dabei unserer ganzen Aufmerksamkeit und Fürsorge.

Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste unterstützen behinderte und alte Menschen bei der Alltagsbewältigung und daher ist bei ihrer Auswahl und Kontrolle besonders sorgfältig zu verfahren.

Der Verkauf von PFLEGEN & WOHNEN durch den damaligen CDU geführten Senat war ein großer Fehler, der damals schon auf heftige Kritik gestoßen war, weil damit Pflegebedürftige aus der gesicherter Obhut entlassen wurden. Bei dem drohenden Weiterverkauf an einen Hedgefonds ist fast sicher davon auszugehen, dass Kasse gemacht werden soll. Wozu gibt es denn diese Fonds sonst? Pflege und der behütete Umgang mit behinderten und alten Menschen würde ganz zwangsläufig in den Hintergrund treten.

Mir kann niemand glaubhaft erzählen, dass es den Menschen in einem Pflegeheim bessergeht, wenn Rationalisierungen und der Umbau zu einem Profit-Center im Vordergrund stehen. Ein Pflegeheim ist keine Fabrik! Und Privatisierungen führen, wie man immer wieder erneut feststellen kann, keineswegs automatisch zu mehr Leistung und höherer Wirtschaftlichkeit. Die Bebauungspläne so zu gestalten, dass kein anderer Gebrauch der Flächen möglich sein soll, ist sicherlich eine gute Idee. Sie lässt allerdings außer Acht, dass Bebauungspläne auch schnell geändert werden können, wenn es opportun ist. Davon macht doch der Hamburger Senat gegenwärtig jede Menge Gebrauch. Die Renten in Deutschland sind nicht so, dass vor allem in der Zukunft Rentnerinnen und Rentner große Sprünge machen können. Eine bezahlbare Pflege ist damit genauso wichtig, wie bezahlbarer Wohnraum, für den sich der Senat zu Recht stark macht.

Es muss also verhindert werden, dass aus den bestehenden Pflegeeinrichtungen nicht nach und nach Luxuseinrichtungen für Wenige entstehen. Will der Senat glaubhaft bleiben, dann muss er sich um den Erwerb dieser Einrichtung bemühen, sich aktiv in die Verhandlungen einmischen und ernsthaft einen Rückkauf erwägen, um PFLEGEN & WOHNEN wieder als Eigenbetrieb zu führen. Öffentliche Einrichtungen können durchaus leistungsfähig sein, um sich in Markt und Wettbewerb zu behaupten. An den finanziellen Mitteln darf ein solches Vorhaben nicht scheitern. Die Steuergelder fließen wie noch nie und Olaf Scholz hat 176 Millionen Euro pro Jahr ab 2020 für Hamburg in den Verhandlungen mit dem Bund herausgeschlagen. Jetzt kann der SPD geführte Senat zeigen, dass soziale Verpflichtung für ihn nicht nur ein geflügeltes Wort ist!